

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Kreistag Miesbach

Thomas Tomaschek, *Fraktionssprecher*
Cornelia Riepe, *stellvertr. Fraktionssprecherin*
Karl Bär
Astrid Güldner
Elisabeth Janner
Ursula Janssen
Ulrike Küster
Bernd Mayer-Hubner
Wolfgang Rzehak
Gerhard Waas
Robert Wiechmann



Dezember 2020

Liebe GRÜNE Mitglieder und GRÜN-Interessierte im Kreisverband Miesbach,

seit unserem letzten Newsletter im September hatten wir kommunalpolitisch wieder so einiges zu tun: es gab diverse Sitzungen der Ausschüsse, der Landkreis hat einen neuen Behindertenbeauftragten, der Haushalt für 2021 wurde verabschiedet, der Ersatzbau für das Landratsamt wird komplett umgeplant und auch das Thema Wasserschutzzone ist noch lange nicht vom Tisch. Hier folgt ein Überblick:

Ersatzbau Landratsamt wird kleiner - Wohnungsbau auf 2025 verschoben

Die bisherigen Gebäude des Landratsamts sind schon lange zu klein geworden und befinden sich über das gesamte Miesbacher Stadtgebiet verteilt. Deswegen hatte der Kreistag in der letzten Wahlperiode einen **Ersatzbau beschlossen**, einen Architektenwettbewerb durchgeführt und im Januar 2020 sogar schon Planungsleistungen vergeben.

Diese Planung ist von den Entwicklungen, die durch die Corona-Pandemie stattgefunden und sich bis in die Arbeitswelt ausgewirkt haben, komplett in Frage gestellt worden. Der Landrat und die Verwaltung haben daher kurzerhand einen kompletten Planungsstopp verhängt.

Hier hätten wir uns gewünscht, dass der Kreistag nicht erst im September vor vollendete Tatsachen gestellt wird, sondern von den Überlegungen, die zu diesem Planungsstopp geführt haben, früher informiert worden wäre.

Dennoch unterstützen wir diese Entscheidung vom Grundsatz her. Die Digitalisierung hat im März eine wahnsinnig große Beschleunigung erfahren. Von einem Tag auf den anderen sind ein Viertel der Mitarbeiter ins Homeoffice gegangen. Es braucht nicht mehr für jeden Mitarbeiter einen eigenen Arbeitsplatz vor Ort. Ebenso wenig werden wir in Zukunft in gleichem Maße Wartepplätze für Publikumsverkehr brauchen wie bisher. Vieles findet per Telefon, E-Mail und online statt. Dienstleistungen und Arbeitsprozesse wie z.B. die Zulassung eines Autos werden in Zukunft elektronisch stattfinden.

Es bedeutet schlicht, dass das geplante Raumprogramm nach diesen neuen Erkenntnissen nicht mehr den Anforderungen an eine zukunftsfähige Landkreisbehörde entspricht.

Unbeantwortet blieb allerdings die Frage, warum nach der neuen Planung statt der ursprünglich eingeplanten 17 Mio. für die neue, kleinere Variante 24 Mio. eingeplant sind.

Ursprünglich sollte zeitgleich mit dem Ersatzbau auch der Bau von Wohnungen, vorzugsweise für Mitarbeiter, umgesetzt werden. Wir bedauern, wie unser Fraktionssprecher Thomas Tomaschek es in seiner Haushaltsrede geäußert hat, dass dieses Teilprojekt mit dem neuen Finanzplan nun mehrheitlich auf 2025 verschoben wurde. Wir fordern eine stärkere Einbeziehung des Kreistags in diese neuen Planungen und hoffen, dass der vom Landrat angekündigte Arbeitskreis, bei dem auch Mitglieder der Fraktionen beteiligt werden, baldmöglichst eingerichtet wird.

Der Kreisausschuss hat außerdem der Anmietung eines Bürogebäudes von der Sparkasse für die momentan dringend benötigten Arbeitsplätze zugestimmt. Geplant ist dies als Zwischenlösung bis zur Realisierung des Ersatzbaus 2025.

[Bericht 1 von merkur.de](#)

[Bericht 2 von merkur.de](#)

Neuer Verhaltenskodex für Landrat und Verwaltung

Auf Initiative unseres ehemaligen Landrats Wolfgang Rzehak wurde 2014 im Kreistag ein **Verhaltenskodex für Kreistag** und Verwaltung beschlossen. Anlass war die Sparkassenaffäre, bei der sowohl der ehemalige Vorstand der Sparkasse, Bromme, als auch der CSU-Landrat, Kreidl, inzwischen zu mehreren, unterschiedlichen Strafen wegen Untreue verurteilt wurden.

Wolfgang Rzehak und der Mehrheit der Kreisräte lag es damals am Herzen, größtmögliche Transparenz zu schaffen und für Kosten wie Bewirtung, Spenden und Geschenke eine klare und angemessene Kostenregelung zu treffen.

Dieser Kodex gilt für den seit Mai neu gewählten Kreistag nicht fort. Unsere grüne Kreistagsfraktion sieht es als wichtiges Signal auch für die Bürger*innen des Landkreises an, dass sich der Kreistag und die Verwaltung auch weiterhin zum transparenten und angemessenen Umgang mit Kosten für Bewirtung und Geschenke verpflichten.

Wir fordern daher eine jährliche Auflistung sämtlicher Kosten für Bewirtungen, Geschenke und Kosten für Kreistagsfahrten. Diese Kosten sollen eine bestimmte, angemessene Grenze nicht überschreiten. Außerdem muss klar sein, dass Kosten für mitreisende Partner bei Kreistagsfahrten nur bedingt zu einem Anteil mitfinanziert werden.

Wir haben die Ausarbeitung einer entsprechenden Richtlinie beantragt, die in der nächsten Kreisausschusssitzung vorberaten wird. Es gab auch ganz klare Signale aus anderen Fraktionen, die eine solche Regelung nicht für notwendig erachten. Gemeinsam mit möglichen Vorschlägen und Anträgen anderer Fraktionen, könnte dann eine neue entsprechende Richtlinie ausgearbeitet und in der nächsten Kreistagsitzung beschlossen werden.

[Link zum Pressebericht](#)

Neues aus dem Kreisausschuss – kurz notiert:

Im Mai 2018 wurde der **Landschaftspflegeverband e.V.** gegründet, der für die Untere Naturschutzbehörde die dem Landkreis obliegenden Aufgaben der Landschaftspflege übernimmt. Die gute Nachricht ist, dass hier in den letzten zwei Jahren viel wertvolle Arbeit geleistet wurde, so zum Beispiel auch die Begleitung verschiedener Blüh- und

Streuobstwiesenprojekte! Darüber freuen wir uns sehr, auch dass hier die Anzahl der Projekte weiterhin zunimmt. Der Kreisausschuss hat daher wegen der Gewährung eines Darlehens zur Zwischenfinanzierung i.H.v. 100.000 EUR zugestimmt. Da die Projekte vom Freistaat gefördert werden, wird der Betrag erstattet werden.

Der Kreisausschuss hat die **Beschaffung von mobilen Endgeräten** für eine Ausleihe der Schulen an Schüler*innen beschlossen. Mit diesen Geräten können die Schulen bei der momentan notwendigen Beschulung der Schüler im Wechselunterricht und beim digitalen Lernen zuhause unterstützt werden. Diese Anschaffung wird im Rahmen eines Sofortausstattungsprogramms von Bund und Ländern gefördert.

Der Landkreis beteiligt sich seit 2015 an der Finanzierung einer Vollzeitstelle für die Koordination und Schulung der **ehrenamtlichen Helfer in der Flüchtlingsarbeit**. Die entsprechenden Mitarbeiter der Caritas haben im Kreisausschuss ihre Arbeit vorgestellt. Auch diese hat sich verändert, es gebe statt Präsenzveranstaltungen wie z.B. Stammtische nun sehr viel telefonischen Kontakt und Online-Angebote. Der Kreisausschuss hat der weiteren Finanzierung für 2021 zugestimmt.

PIA e.V. heißt Pakt für Integration und Arbeit und wurde im Frühjahr 2015 gegründet. In Kooperation mit anderen kommunalen Akteuren ist es das Ziel, die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen im Landkreis voranzutreiben. Im Kreisausschuss hat uns der Integrationsbeauftragte Max Niedermeier die erfolgreiche Arbeit des Vereins anschaulich vorgestellt.

Landkreis-Haushalt 2021

Am 2. Dezember wurde der **Haushalt des Landkreises für 2021** verabschiedet. Der Haushalt umfasst knapp 140 Mio. Euro. Fraktionssprecher Thomas Tomaschek wies in seiner Haushaltsrede darauf hin, dass wir Grüne uns größere Investitionen im Bereich ÖPNV gewünscht hätten. Die eingeplanten 1,03 Mio. Euro beinhalten nur 167.000 Euro neue, zusätzliche Gelder zur Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans. Der Großteil des Budgets geht in die Fortführung bereits bestehender Projekte. Das ist für uns nicht die im Wahlkampf lautstark angekündigte und dringend nötige ÖPNV-Offensive und nur ein (zu) kleiner Schritt in Richtung Verkehrswende.

Außerdem sehen wir die **Verschiebung von sozialem Wohnungsbau** durch die Umplanung des neuen Ersatzbaues für das Landratsamt sehr kritisch. Diese ca. 30 Sozialwohnungen werden dringend gebraucht und werden nun leider erst ab 2025 entstehen.

Auch die **Senkung der Kreisumlage** haben sich nicht alle in unserer Fraktion gewünscht. Die Gelder des Landkreises sind jetzt schon knapp, und für das Jahr 2021 haben wir tief in unsere Rücklagen gegriffen. Es bleibt zu hoffen, dass wir auch weiterhin die wichtigen Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Sport, Verkehr und Soziales ausreichend finanzieren können. Eine erneute Erhöhung der Kreisumlage scheint in den kommenden Jahren nicht vermittelbar zu sein, wenn die Auswirkungen der Corona-Krise bei den Gemeinden finanziell spürbar werden. So verzichtet der immer noch höchstverschuldete Landkreis in Bayern freiwillig auf einige Millionen Euro und wird in Zukunft finanziell noch mehr zu kämpfen haben.



Begrüßenswert ist der weitere **Schuldenabbau**, die fortlaufenden **Investitionen in die Schulen** und die **Umstrukturierung der beiden Kommunalunternehmen** Krankenhaus und Wohnen / Parken / Energie (WPE).

Die **Schaffung von 30 neuen Personalstellen** wurde von allen Fraktionen kritisch beleuchtet. Da die Abteilungsleiter der einzelnen Fachbereiche aber ihre Personalwünsche sehr gut begründen konnten und auch nur die allernötigsten Stellen angefragt wurden, konnten wir diese Personalerweiterung mittragen.

Eineinhalb Tage hatten wir beim „Runden Tisch Haushalt“ Zeit, um die Zahlen einzusehen und zu hinterfragen. Unsere Fraktion dankte dem Kreiskämmerer Gerhard De Biasio für seine solide Arbeit und die transparente und umfassende Auskunft. Wir haben die erwähnten drei Punkte angemahnt und dennoch dem Haushalt geschlossen zugestimmt.

Aktueller Stand Wasserschutzgebiets-Verfahren Thalham-Reisach-Gotzing

In der letzten Kreistagssitzung vor der Weihnachtspause wollte Landrat Olaf v. Löwis „ein Versprechen erfüllen“ und über den **aktuellen Stand des Verfahrens zur Ausweisung der Wasserschutzzone** berichten. Dies überließ er dem Juristen Sebastian Schuh. Und der klärte kurz und schmerzlos auf. Allerdings weniger uns Grüne, sondern primär diejenigen aus den Reihen der Freien Wähler und der CSU, die in den letzten Jahren hemmungslos gegen die Wasserschutzzone polemisiert hatten. Und so wurde nur dargelegt, was schon unter unserem Landrat Wolfgang Rzehak Stand der Dinge war.

Beispiele: **Das staatliche Verfahren muss und wird durchgeführt werden.** So sind die rechtlichen Vorgaben. Eines Antrags der Stadt München, bzw. der Stadtwerke, bedarf es dazu nicht. Der Kreistag hat in diesem Zusammenhang keine Befugnisse. Die Frage der „Altrechte“ spielt letztlich keine relevante Rolle, ein Eigentumsrecht an Wasser gibt es nicht („Unser Wasser“), Inhalte und Ausformung der Wasserschutzzone richten sich am Ende nach den Vorgaben der Fachbehörden ...

Neu einzig: Aus juristischen (Verfahrens-) Gründen startet man das Verfahren neu.

Das alles entbehrte natürlich nicht einer gewissen Komik. Das Wasserschutzonenverfahren wurde einst zum Hauptkritikpunkt an der Amtszeit von Wolfgang Rzehak hochgepuscht – nur um jetzt sang- und klanglos weitergeführt zu werden. Der müde Hinweis, man spreche jetzt

im Vorfeld mit den Betroffenen ist auch nichts Neues. Das wurde unter Rzehak selbstverständlich auch so gehandhabt.

Viel wichtiger aber: Der Rechtsstaat funktioniert. Es wäre aus staatsbürgerlicher Sicht unerträglich, wenn unter den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen ein CSU -Landrat in dieser Frage behördlichen Handelns ganz anders agieren könnte als sein Vorgänger von den Grünen.

Robert Wiechmann dankte dem Juristen Schuh für die Ausführungen und sicherte Landrat Olaf von Löwis die Unterstützung der zweitgrößten Fraktion im Kreistag für das Verfahren zu: „Denn die Botschaft ist ja unüberhörbar: Es geht genau so weiter, wie bisher auch. Das ist richtig und gut so.“

Verabschiedung des bisherigen Behindertenbeauftragten Anton Grafwallner und Nachbesetzung durch Gerhard Henrikus

Zum Abschied des Behindertenbeauftragten im Landkreis sagte Elisabeth Janner in der Kreistagssitzung:

„Inklusion und Teilhabe – sperrige Begriffe – Toni Grafwallner hat sie als erster **Behindertenbeauftragter im Landkreis in mehr als 20 Jahren** mit Leben gefüllt. Er ist Ansprechpartner für Betroffene und ihre Angehörigen genauso wie wichtiger Berater für den öffentlichen Bereich und für die Politik. Mit seinem Humor und Witz hat er Wege ermöglicht und Brücken geschlagen.

Er hinterlässt große Fußstapfen für seine Nachfolge – und viele Grundlagen, auf denen die Teilhabe für Menschen mit Handicap ein gutes Fundament findet.“



Anton Grafwallner – 20 Jahre Behindertenbeauftragter des Landkreises Miesbach

Sein wichtiges Infoportal für alle Interessierten:

<https://www.behindertenkompass.de/index.html>

Neuer Behindertenbeauftragter ist Gerhard Henrikus (64). Er ist seit einigen Jahren Schwerbehindertenvertreter der Firma Linde AG und hat viel Erfahrung mit den Belangen von Behinderten. Der Kreistag wählte ihn einstimmig zum Nachfolger von Anton Grafwallner. Wir wünschen ihm viel Erfolg in diesem neuen und wichtigen Amt!

Informationen aus dem Jugendhilfeausschuss

Im Oktober tagte der Jugendhilfeausschuss zum ersten Mal: alle Mitglieder stellten sich kurz vor, denn sie kommen aus den unterschiedlichen Einrichtungen im Landkreis: neben Kreistagsmitgliedern nehmen Vertreter*innen aus Schulen, Kreisjugendring, Wohlfahrtsverbänden, Agentur für Arbeit, Kirchen, Polizei und Gericht teil. Insgesamt gehören diesem kompetenten Beratungsteam 24 Mitglieder an.

Herr Wein als Leiter des Jugendamtes stellte seinen Fachbereich vor.

Danach berichtete die **Jugendgerichtshilfe** über ihre Aufgaben:

sie berät junge Straftäter und ihre Familien und nimmt an den Gerichtsverhandlungen teil. Sie prüft insbesondere, ob für den Jugendlichen oder jungen Volljährigen geeignete erzieherische Leistungen der Jugendhilfe in Betracht kommen, die ein Absehen von der Strafverfolgung möglich machen (z. B. Vermittlung und Überwachung sozialer Arbeitsstunden oder eines Verkehrserziehungskurses, Besuch in der Justizvollzugsanstalt, Durchführung eines Sozialen Trainingskurses, Täter-Opfer-Ausgleich usw.) und beteiligt sich so weit als möglich an der Nachbetreuung.

Elisabeth Janner ist in diesem Ausschuss Vertreterin unserer Fraktion. Nach einer Fortbildung beim Bayerischen Jugendhilfeamt in München berichtet sie: "Die Planung der Angebote für Jugendliche ist von größter sozialpolitischer Bedeutung. Prävention sowie die Begleitung von Jugendlichen in Schwierigkeiten zusammen mit ihren Familien kann nicht hoch genug eingeschätzt werden."

Sitzung des Kreisentwicklungsausschuss

Hauptthema waren Schritte zur **Umsetzung des Nahverkehrsplans**.

So sollen die Buslinien Schliersee – Spitzingsee und Tegernsee – Kreuth zum Weiterbetrieb subventioniert und an den schon teilweise bestehenden Zug-Halb-Stunden-Takt angepasst werden, da sie trotz der Corona-Pandemie-Beschränkungen vergleichsweise gut angenommen wurden.

Dasselbe gilt für die Taktverdichtung der Ringlinie Schlierach-Leitzachtal und das Kleinbus-Angebot zwischen Monialm und Spitzingsee.

Auch der grenzüberschreitende Linienbusverkehr zwischen Schliersee und Kufstein soll nach dem Probetrieb fest installiert werden, zumal auf beiden Seiten großes touristisches Interesse herrscht und man diese Möglichkeit noch besser publik machen will. Ebenso wird die Wendelstein-Ringlinie in diesem Sinne für weitere 6 Jahre bezuschusst.

Im zweiten Teil stellte Harald Gmeiner, der Geschäftsführer des landkreiseigenen Kommunalunternehmens ATS (Alpenregion Tegernsee – Schliersee) den **Bericht zum Tourismusjahr 2019** vor mit durchaus positiven Zahlenentwicklungen und erläuterte die landkreisweite Wertschöpfung in diesem Bereich mit 255 Mio. €. Allerdings sind an Spitzentagen 70 000 Tagesgäste landkreisweit zu verkraften, wobei die verständliche Zurückhaltung der Gäste im Corona-Jahr dem ÖPNV gegenüber und die Verlagerung zu innerdeutschen Reisezielen in erheblich vermehrtem PKW-Verkehr resultierte.

Des Weiteren war der Einbruch der Besucherzahlen im Corona-Jahr ein Thema, der mit einem Wertschöpfungsverlust von 100 Mio. € zu Buche schlägt.

Zuletzt wurden die laufenden Projekte der ATS wie Werbemaßnahmen, Wander- und Radwegebeschilderung und Besucher- und Verkehrslenkung durch digitale Mobilfunkdaten erläutert.

Aus dem Umweltausschuss

Seit der neuen Wahlperiode sind wir mit den beiden Förstern Gerhard Waas und Robert Wiechmann im Umweltausschuss vertreten. Die Mitglieder des Umweltausschusses sind zugleich Verwaltungsräte des kommunalen Abfallunternehmens, der [VIVO](#).

In der letzten Umweltausschusssitzung wurde mit unserer Unterstützung die Basis für die **Einstellung zweier Ranger** unter dem Dach der Naturschutzverwaltung geschaffen.

Der Hintergrund ist die Tatsache, dass sich auf Grund des massiven Erholungsdrucks im Landkreis Miesbach vermehrt Probleme mit der Einhaltung von Regelungen zum Schutz der Natur ergeben, trotz erheblicher Bemühungen um Aufklärung, z.B. auch durch den Gebietsbetreuer und ehrenamtliche Kräfte. Die Belastungen für die Natur und die Grundeigentümer haben inzwischen ein teilweise nicht mehr erträgliches Maß angenommen.

Im Rahmen der Diskussion im Umweltausschuss, auch mit Polizeikräften, wurde sehr deutlich, dass es bereits jetzt viele Kräfte gibt, die Verstöße gegen naturschutzrechtliche Vorschriften verhüten und verfolgen können. Die Polizei und die Beratungsförster der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind aber personell so schwach besetzt, dass sie sich dieser Aufgabe natürlich nicht schwerpunktmäßig widmen, sondern allenfalls im Einzelfall tätig werden. Ranger könnten diese Lücke füllen und in den bekannten Brennpunkten öffentlichkeitswirksam Schwerpunkte setzen.

Als Fachleute, die beruflich selbst mit den Rechten und Pflichten der Polizei ausgestattet sind, haben unsere beiden Vertreter immer wieder auf das größte Problem hingewiesen, dass auch die Einstellung der Ranger nicht lösen hilft: Die Geldbußen für die Ordnungswidrigkeiten nach dem Naturschutzrecht sind oft so gering, dass man als Ordnungshüter schon aus Gründen der Verhältnismäßigkeit sehr schnell an Grenzen gerät.

Als Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag haben wir daher die Idee aufgebracht, im Rahmen der **Überarbeitung unserer Landschaftsschutzgebietsverordnungen** zusätzlich erhöhte Bußgelder für die klassischen Verstöße gegen Naturschutzvorschriften festzusetzen. Empfindliche Geldbußen würden sich schnell herumsprechen und mutmaßlich größere Wirksamkeit erlangen als gut gemeinte Aufklärungskampagnen. Zudem würden wir so über

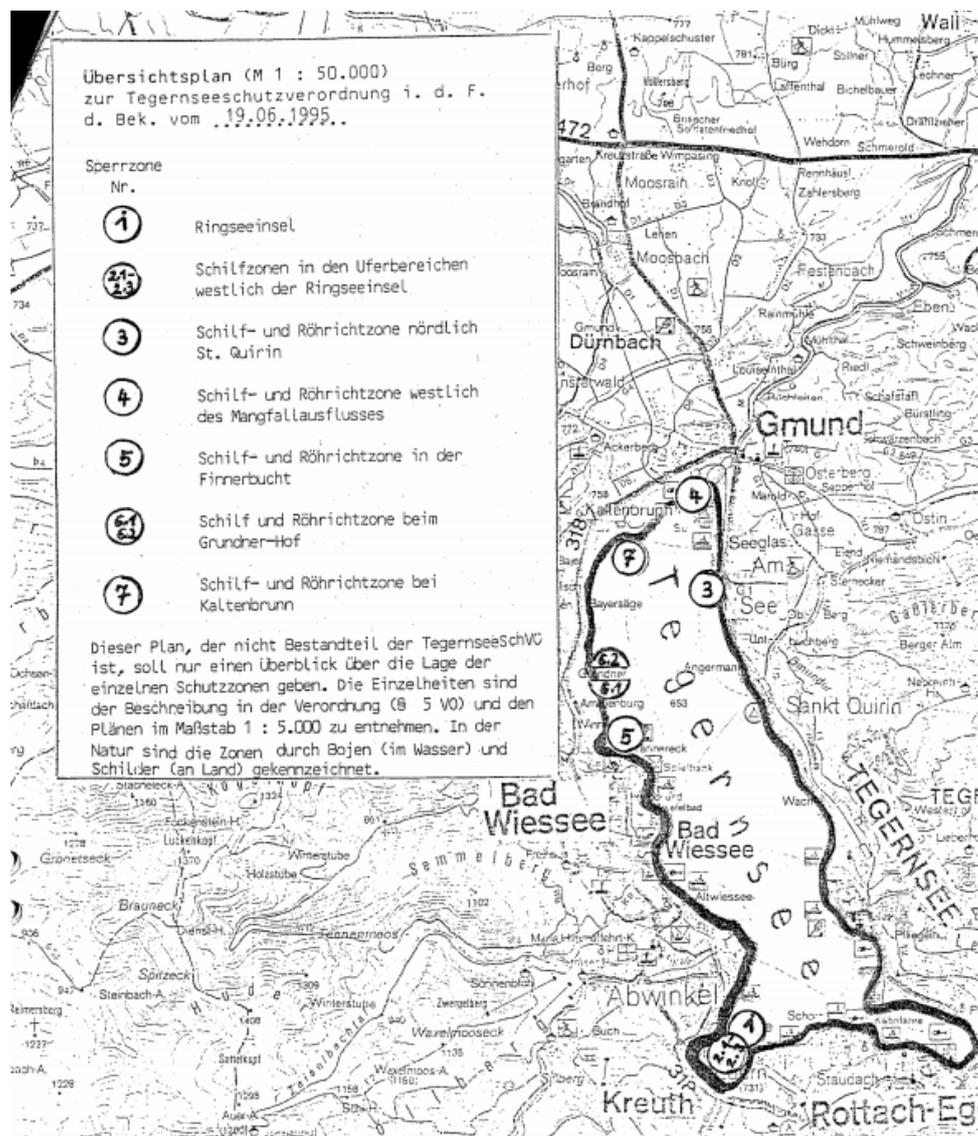
die Landschaftsschutzgebietsversordnungen auch die Interessen der Grundeigentümer selbst schützen und so deren Wertschätzung erhöhen.

[Zum Bericht von Merkur.de](#)

Schutzzonen am Tegernsee

Am Tegernsee gibt es mehrere Schutzzonen, um beruhigte Bruträume für Vögel auszuweisen. Diese Zonen waren bisher im Sommer mit Bojen abgegrenzt, um Wassersportler fernzuhalten. Diesen Sommer wurden keine Bojen installiert, was Widerstand bei Vogelschützern zur Folge hatte (als Grund nannte das zuständige Amt die Überlastungen durch die Coronapandemie).

Unser Ziel ist es, dass diese **Schutzzonen** sowohl für die heimische Vogelwelt als auch für Zugvögel ordentlich gekennzeichnet, abgeschirmt und rechtlich festgeschrieben sind. Diese Problematik betrifft nicht nur den Tegernsee, sondern im Grunde genommen alle oberbayerischen Seen, die nicht zufrieren – also auch Chiemsee, Kochelsee, Staffelsee, Ammersee, und Starnberger See.



Auszug aus der Tegernsee-Schutzverordnung mit 7 Schutzzonen

Regelungen zu den Bojen-Markierungen in der Brutzeit sind bislang im Wasserrecht verankert. Regelungen zum Schutz von Zugvögeln im Winter gab es bisher gar nicht. Letztere sind dringend notwendig geworden, da sich das Nutzungsverhalten der Menschen stark verändert hat (Winterwassersport, u.ä.).

Beide Sachverhalte wollen wir in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) in der **AG Landschaftsschutzgebiete des Kreistags** einbringen. Ziel ist es, im Rahmen der Überarbeitung der Landschaftsschutzgebietsverordnung, diese beiden Punkte dort aufzunehmen und klar zu regeln.

Ortsbus Holzkirchen

In seiner Sitzung im Dezember hat der Kreistag entschieden, sich mit **10% an den Kosten für den Ortsbus Holzkirchen zu beteiligen**. Die Gesamtkosten sind gedeckelt und können maximal 440.000 Euro betragen, eine Beteiligung des Landkreises betrüge daher max. 44.000 EUR.

Die genaue Ausgestaltung von ein oder zwei Buslinien übernimmt die Gemeinde Holzkirchen.

Die Ortsbuslinie 4 nach Hartpenning wird gestrichen, da sie zu wenig frequentiert ist. Wie die künftige Anbindung aussieht ist noch unklar und wir hoffen sehr, dass eine neue, regelmäßige und attraktive Anbindung geschaffen wird, die die Erfordernisse des Nahverkehrsplan erfüllt.

Dies könnte z.B. durch einen Ruftaxi-Dienst (vgl. leider eingestelltes „AST“ im Tegernseer Tal, oder „Omobi“ in Murnau) erfolgen, oder durch die Expressbuslinie nach Tölz, die Sachsenkamm und Hartpenning anbindet.

Wir freuen uns über die Beteiligung des Landkreises an Ortsbussen und hoffen, dass dies Nachahmer findet und Gemeinden durch diese finanzielle Unterstützung den Anreiz haben, interkommunal den ÖPNV weiter auszubauen.

Danke für Euer Interesse an unserem Newsletter, den Ihr gerne weiterleiten könnt!
Für Eure Wünsche, Anregungen, aber auch Euer Interesse an aktiver Mitarbeit oder Fragen zu unserer Arbeit sind wir sehr gerne erreichbar!

Herzliche Grüße,

Eure Grüne Kreistagsfraktion



Thomas Tomaschek
thomas.tomaschek@gruene-tegernseertal.de



Cornelia Riepe
cornelia.riepe@gruene-waakirchen.de